

PLATTFORM DER LIBERALEN JUDEN DER SCHWEIZ PLJS

NEWSLETTER 03/08
SEPTEMBER 2008



SCHANA TOVA
NICOLE POËLL & JEAN-MARC BRUNSCHWIG
CO-PRÄSIDIUM PLJS

EDITORIAL

Die Gremien der Plattform der Liberalen Juden der Schweiz haben sich seit der Herausgabe des letzten Newsletters stark engagiert: Es fanden Treffen mit weiteren Vertretern politischer Parteien in Bern statt. Die Schweizer Juden, namentlich der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) und die PLJS, sowie die Präsidentin der Gesellschaft Schweiz-Israel, Vreni Müller-Hemmi, wurden von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zu einer Aussprache empfangen. Schwerpunktthema dieses Treffens war die Folgekonferenz zu Durban 2001, welche im kommenden Frühling in Genf stattfinden wird (s.S. 4).

Auch im interreligiösen Dialog bleibt die PLJS aktiv: Susi Saitowitz, Generalsekretärin der JLG, wurde als Vertreterin der PLJS in den Vorstand der „Interreligiösen Arbeitsgemeinschaft“ (IRAS COTIS) gewählt. Parallel dazu ist die PLJS diesem Verein als Mitglied beigetreten.

Im Namen aller Vertreter der Plattform
der Liberalen Juden der Schweiz
wünsche ich Ihnen ein glückliches
neues Jahr – Schana Tova Umetukah.

Herzlichst
Rachel Benjamin
Generalsekretärin



Vertreter der PLJS am gemeinsamen Gottesdienst

MINARETTINITIATIVE

Die Haltung der jüdischen Dachverbände gegenüber der Minarettinitiative

Mitte Juli, nachdem die Initianten die Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ beim Bund eingereicht hatten, reagierten die beiden jüdischen Dachverbände PLJS und SIG umgehend mit einer gemeinsamen Pressemitteilung, worin sie sich klar gegen diese Initiative aussprachen.

Die in dieser Angelegenheit sehr gute Zusammenarbeit mit dem SIG hat diese prompte Reaktion ermöglicht. Die unkomplizierte Kommunikation zwischen den beiden Dachverbänden führte zu einer gelungenen und medienpräsenten Stellungnahme im Namen der Schweizer Juden.

Was will die Initiative?

Die Unterschriftensammlung zur Initiative ist am 1. Mai 2007 gestartet worden. Die Initiative fordert ein Bauverbot für Minarette auf Moscheen und die explizite Verankerung dieses Verbots in der Bundesverfassung. Das Initiativkomitee setzt sich aus Parlamentariern der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) zusammen.

Nachfolgend erhalten Sie einige Auszüge aus der Pressemitteilung. Die vollständige Fassung kann auf unserer Website www.liberaljews.ch abgerufen werden.

Ein Verbot von Minaretten würde das geltende Recht zuungunsten einer Glaubensgemeinschaft aushebeln.

Für das friedliche Zusammenleben aller Religionsgemeinschaften in der Schweiz ist vor allem entscheidend, was in den Kirchen, Moscheen und Synagogen vermittelt wird. Es gilt deshalb dort wachsam zu sein, wo gegen unseren Rechtsstaat verstossendes Gedankengut verbreitet wird.

Statt gegen nach aussen sichtbare Symbole einer Gemeinschaft anzukämpfen, ist es sinnvoller, im interreligiösen Dialog die Integration zu stärken und das Verständnis für die anderen Religionen zu fördern.

POLITISCHE AKTIVITÄTEN

Auch während der Sommersession der eidgenössischen Räte hat die PLJS Gespräche mit den leitenden Gremien der politischen Parteien geführt. Dabei ging es in erster Linie darum, den anderen jüdischen Dachverband vorzustellen, unsere Gesprächsbereitschaft anzubieten und die Gesprächspartner auf die Anliegen der liberalen Juden in der Schweiz aufmerksam zu machen. Einen Auszug über den Inhalt der Gespräche erhalten Sie nachfolgend.



Quelle: Parlamentsdienste, www.parlament.ch

Treffen mit der Christlichdemokratischen Partei der Schweiz (CVP)

Zwei Nationalräte und die Kommunikationschefin der CVP haben sich mit der Leitung der PLJS Ende Mai in Bern getroffen.

Die CVP lehnt die Minarettinitiative klar ab, doch sieht sie Probleme und Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der Integration von Muslimen; diese Herausforderungen sind ein Schwerpunktthema für die CVP.

Die Partei zeigt sich interessiert, die PLJS in diesem Bereich vermehrt zu kontaktieren, um für ihre zukünftigen Vorhaben und Positionspapiere die Sicht und die Erfahrungen der jüdischen Minderheit in der Schweiz zu berücksichtigen.

Eine Zusammenarbeit könnte allenfalls im Zusammenhang mit dem Rat der Religionen möglich werden.

Treffen mit der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP)

Unter der Leitung der Vizepräsidentin der SP traf sich die PLJS mit vier Exponenten der Partei in deren Parteizentrale in Bern.

Die kurz zuvor stattgefunden und sehr umstrittene Reise einiger Parlamentarier in die palästinensischen Gebiete war eines der Gesprächsthemen. Es haben drei SP Nationalräte an dieser aus der Sicht der Juden sehr einseitigen Reise teilgenommen. Die SP Geschäftsleitung betont dazu, dass es sich dabei um eine rein private Reise ohne offizielle Mission der Schweiz handelte. Die SP Geschäftsleitung wurde nicht über die Reisepläne informiert und hatte keinerlei Einfluss darauf. Die PLJS verweist auf die Folgen für die Schweizer Juden, wenn solche Aktionen von Parteioxponenten durchgeführt und medial bekannt gemacht werden.

Die SP zeigt Verständnis für dieses Anliegen und wird sich darum bemühen, das Bewusstsein ihrer Parlamentarier über die Befindlichkeit der Juden zu fördern. Die SP überlegt sich, die Vertreter der PLJS zu einer ihrer nächsten Fraktionssitzungen einzuladen. Die PLJS schätzt diese Idee und steht dafür gerne zur Verfügung.

Treffen mit der Grünen Partei der Schweiz

Der Präsident und der Generalsekretär der Grünen Partei empfingen die Co-Präsidentin und die Generalsekretärin der PLJS in Bern.

Angesprochen auf ihre sehr kritische Haltung zu Israel, erklärt der Präsident, dass die Grünen sich generell gegen jede Diskriminierung wehren. Viele Parteimitglieder der Grünen sind sehr aktiv in Nichtregierungsorganisationen (NGO) tätig, die Israels Politik im Konflikt mit den Palästinensern ebenfalls anprangern.

Auch hier weist die Co-Präsidentin der PLJS darauf hin, dass sich viele Schweizer Politiker zu wenig bewusst sind, was diese Haltung jeweils für die jüdische Gemeinschaft der Schweiz bewirkt. Die Bevölkerung identifiziert die Schweizer Juden immer wieder mit dem Staat Israel. Es ist für uns in diesen Diskussionen sehr schwierig zu erklären, dass wir keinen Einfluss auf die israelische Politik haben.

Generell gesagt...

...ist es nicht einfach, unsere Anliegen in diesen Diskussionen verständlich aufzuzeigen. Doch gerade diese Gespräche geben der PLJS die Möglichkeit, transparent aufzutreten und den politischen Parteien stellvertretend für alle Minderheiten zu erläutern, welche Folgen gewisse Aussagen von Politikerinnen und Politikern haben können. Wichtig scheint uns der gute Kontakt zu Parlamentariern aller politischen Strömungen. Wir schätzen das Interesse der Politiker am Gespräch und den Willen, den Dialog weiterzuführen.

DURBAN REVIEW CONFERENCE

Die „Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz“ unter der Führung des Hochkommissariats für Menschenrechte fand erstmals im September 2001 in Durban, Südafrika, statt. Die Konferenz war stark von Versuchen islamischer Länder geprägt, Israel als rassistischen Staat öffentlich zu brandmarken. Die Konferenz endete in einer Anti-Israel-Kundgebung und zugleich einer antisemitischen Hetze. Die abschliessende einseitige Erklärung der Konferenzteilnehmer führte dazu, dass die Delegationen der USA und Israel vorzeitig abreisten.

Die Nachfolgekonzferenz von Durban I, die Durban Review Konferenz, findet vom 20. - 24. April 2009 am UN Sitz in Genf statt. Die Schweizer Juden befürchten erneute antisemitische Aussagen und einseitige Beschlüsse gegen Israel. Die PLJS ist neben dem SIG und der Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI) mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zusammengetroffen. Sie haben ihre Bedenken und Vorbehalte intensiv mit ihr diskutiert. Die Bundesrätin betonte, dass die Schweiz lediglich Gastgeberland ist und der inhaltliche Einfluss auf die Konferenz daher beschränkt ist.

Die PLJS hat zudem an der von der UN Watch initiierten Tagung teilgenommen, an der Vertreter von jüdischen Organisationen aus dem In- und Ausland über Vorgehensweisen zur Durban Konferenz diskutierten. Co-Präsident Jean-Marc Brunschwig engagiert sich in der Genfer Delegation. Die PLJS arbeitet mit jüdischen Verbänden sowie der GSI eng zusammen, um zumindest ansatzweise zu einer positiven Entwicklung beitragen zu können.

Detaillierte Informationen und den Bericht über die weiteren Schritte erhalten Sie mit der nächsten Ausgabe unseres Newsletters. Falls Sie laufend über das Vorgehen zur Durban Folgekonferenz informiert werden möchten, empfehlen wir Ihnen, den Newsletter von UN Watch auf www.unwatch.org zu abonnieren.

SYMPATHISANT DER PLJS WERDEN

Falls Sie nicht Mitglied von CILG-GIL oder JLG sind, können Sie sich als Sympathisant bei der PLJS einschreiben und profitieren damit nebst anderen Vorteilen auch von unserem Newsletter. Beachten Sie dazu das neue **elektronische Anmeldeformular** auf unserer Website www.liberaljews.ch oder wenden Sie sich telefonisch an unser Generalsekretariat unter Tel.: 043 / 322 02 58 oder per E-Mail an: office@liberaljews.ch. Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung!

<http://www.liberaljews.ch/anmeldung.html>

